

# Grönland und die GKV

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Zeitalter des Trumpismus gilt mehr denn je: Frechheit siegt! Der völkerrechtswidrige Anspruch auf Grönland, den der US-Präsident erhoben hat, führte immerhin dazu, dass man ihm „Zugeständnisse“ gemacht hat. Die USA können ihren militärischen Einfluss in der Region ausweiten.

Es scheint, als würde der CDU-Wirtschaftsrat die gleiche Taktik fahren. Die komplette Auslagerung der Zahnmedizin aus der GKV ist politisch nicht durchsetzbar. Das weiß auch die „Stimme der Sozialen Marktwirtschaft“, zu der sich der Wirtschaftsrat selbst ernannt hat. Aber man kann diese Maximalforderung ja einmal platzieren und abwarten, was passiert. Sagen wir es einmal vorsichtig: Dieser Schuss ging (vorerst) nach hinten los.

Nicht nur die zahnärztlichen Körperschaften, sondern Experten aus den verschiedensten Bereichen des Gesundheitswesens und der Wissenschaft stellten klar: Zahnmedizin ist elementar für die Allgemeingesundheit. Deren komplette Privatisierung würde die Prophylaxeerfolge, die wir in den vergangenen Jahrzehnten erzielt haben, binnen kürzester Zeit zunichtemachen. Verlierer wären, das zeigt der Blick ins Ausland, nicht die Zahnärzte, sondern die Patienten – vor allem die sozial Schwachen.

Besonders dankbar bin ich der bayerischen Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU), die unmissverständlich klargestellt hat, dass eine Auslagerung der Zahnmedizin aus der GKV mit ihr nicht zu machen ist. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hat sich zwar ähnlich geäußert, aber ich traue dem Frieden nicht. Denn die von Warken eingesetzte „Finanzkommission Gesundheit“ hat ihren Bericht noch nicht vorgelegt und irgendwo wird es Einschnitte geben. Aber bitte nicht bei uns – und dafür gibt es gute Argumente: Mit gerade einmal 5,9 Prozent Anteil an den GKV-Gesamtausgaben ist die Zahnmedizin nicht verantwortlich für die finanzielle Schieflage unseres Gesundheitssystems. Im Gegenteil: Wir tragen dazu bei, teure Folgeerkrankungen zu vermeiden. Wer heute bei den Zahnärzten spart, zahlt dafür morgen einen hohen Preis. Das sollte auch dem Wirtschaftsrat bewusst sein.

Ihr

Dr. Jens Kober  
Mitglied des Vorstands der KZVB

